

linkskontrovers

Diskussionsorgan von Die Linke.SDS

#1 / 09

PROPAGANDA



Editorial

Vorankündigung des nächsten Bundeskongresses. 5

1) Wahlkampfintervention

Make capitalism history. 6
Benjamin Stotz

Wahlkampf von unten – Chance für einen Politikwechsel 9
Hannah, Benny und Joao (Linksaktiv-Kampagne)

Intervention Superwahljahr. 13
Franziska Stier

Möglichkeiten der Intervention für Die Linke.SDS im Superwahl-
jahr 2009 15
Michael Müller

Strategie im Wahl- und Krisenjahr 2009 17
Ernesto

Die Linke ist größer als DIE LINKE. 21
Anne-Kathrin Krug, & Nele Haas

2) Anderes

Rundbrief an den Bundesverband zur hochschulpolitischen
Strategie des Studierendenverbands Die Linke.SDS 24
Michael Grewing

Die Linke.SDS Kritik in 4 Akten. 28
Erik Peter

Liebe Leserinnen und Leser,

hier seht Ihr das neueste Linkskontrovers vor Euch. Wegen der knappen Finanzen hat sich der Bundesvorstand dafür ausgesprochen, das Linkskontrovers nur noch digital zu veröffentlichen. Dies ist also das erste Linkskontrovers „digital version“. Es hat den großen Schwerpunkt „Intervention ins Wahljahr 2009?“.

Der letzte Bundeskongress in Bochum hat beschlossen, eine AG zu gründen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und wie Die Linke.SDS in das Superwahljahr intervenieren soll. Die Ergebnisse der AG sollten bis sechs Wochen vor dem nächsten Bundeskongress im Verband veröffentlicht werden. Da leider fast niemand an den Telefonkonferenzen zur Gründung der AG teilnahm, hat sich der Bundesvorstand entschlossen, ein Linkskontrovers herauszugeben, in dem rechtzeitig sechs Wochen vor dem nächsten Bundeskongress Vorschläge über einen möglichen Eingriff in den Wahlkampf bekanntgegeben werden.

Außerdem findet Ihr in diesem Linkskontrovers eine Vorankündigung des nächsten Bundeskongresses, einen Artikel über Organizing, eine Kritik an der Hochschulpolitischen Strategie „Schöner Studieren“ sowie eine allgemeine Verbandskritik.

Viel Spaß beim Lesen!



Vorankündigung des nächsten Bundeskongresses

Vom 24. bis 26. April 2009 tagt wieder das höchste Entscheidungsgremium unseres Verbandes, der Bundeskongress. Dazu gibt es allerlei Fristen, die für einen reibungslosen Ablauf sorgen sollen.

Satzungsändernde Anträge müssen bis drei Wochen vor dem Kongress (3. April) bei der Antragskommission eingehen, politische Anträge bis eine Woche vorher (17. April), Änderungsanträge können schriftlich eingereicht werden solange bis der zu ändernde Antrag zur Behandlung aufgerufen wird.

Last but not least müssen bis zwei Wochen vor dem Bundeskongress (10. April) die Delegierten gewählt werden. Die quotierte Wahl ihrer beiden Delegierten führt jede Hochschulgruppe selbständig durch. Das entsprechende Wahlprotokoll wird dann der Mandatsprüfungskommission zugeschickt.

Grundsätzlich kann jede und jeder für einen Delegiertenplatz kandidieren, wobei natürlich auf



die Quotierung geachtet werden muss.

Thematischer Schwerpunkt des kommenden Bundeskongresses ist „Bildung in der Krise“. Dafür wird es viel Raum geben für Diskussionen ebenso über die Rolle und die Herausforderungen von Die Linke.SDS im Jahr 2009.

Make capitalism history

Für einen antikapitalistischen Aufruf zur Wahl der LINKEN

„Nur dann kann man die Wahlen nicht beachten, wenn man sich mächtig genug fühlt, die Nationalversammlung zu stürzen.“

Paul Levi, Gründer der KPD

Wahlen lassen sich nicht ignorieren oder gar aussitzen, erst recht nicht in einem Superwahljahr wie 2009. Auch die außerparlamentarischen Initiativen stehen schon früh unter den politischen Vorzeichen der Bundestagswahl: Die Proteste gegen den NATO-Gipfel, die Demonstrationen „Wir zahlen nicht für eure Krise“ und der Bildungsstreik – alle müssen sich implizit mit der bevorstehenden Wahl auseinandersetzen. Tragweite und Erfolg dieser Initiativen und Kampagnen werden nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit die Akteure der sozialen Bewegungen – allen voran die Gewerkschaften – bereit sind, die SPD in der großen Koalition zu beschädigen und ohne Rücksicht auf ihren politischen Einfluss zu mobilisieren, auch wenn sie politisch und personell eng mit der Sozialdemokratie verflochten sind. Kurz vor der Bundestagswahl wirken also starke Beharrungskräfte, auch wenn der Wahlkampf dazu genutzt werden kann, „Druck aufzubauen“.

Im gleichen politischen Koordinatensystem agieren derzeit auch Studierende und DieLinke.SDS. Beim Projekt Bildungsstreik09 versuchen wir angesichts der Krise und in einer Zeit der erhöhten politischen Aufmerksamkeit unseren sozial- und bildungspolitischen Forderungen Gehör zu verschaffen. Neben dieser

wichtigen Intervention in den Bundestagswahlkampf kann DieLinke.SDS aber auch mit einem eigenen antikapitalistischen Wahlauftritt direkt in den Bundestagswahlkampf eingreifen.

Auch für einen parteinahen – jedoch unabhängigen – linken und sozialistischen Studierendenverband ist dies keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Innerhalb des Verbandes und an den Hochschulen insgesamt bestehen ernsthafte Bedenken und Skepsis gegenüber dem parlamentarischen System, was auch die Partei DIE LINKE einschließt. Auch wird befürchtet, dass eine offene Parteinarbeit zu einer Instrumentalisierung des Verbandes durch die Partei führen könnte. Der bisweilen einseitigen Orientierung der Partei auf den parlamentarischen Raum sollte DieLinke.SDS jedoch keine einseitige Orientierung auf außerparlamentarische Kämpfe gegenüberstellen.

Daher spricht vieles für einen anderen Umgang mit der LINKEN als mit den etablierten Parteien. Einige Gründe – wenn auch lange nicht alle – dafür sind:

Internationalismus und Frieden

DIE LINKE ist die einzige zur Wahl stehende Partei, die Kriegeinsätze konsequent ablehnt und für den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan auftritt. Als

Partnerin und Teil der Friedensbewegung mobilisiert sie gegen das NATO-Jubiläum und neue imperialistische Kriegspläne. Außerdem versteht sich DIE LINKE als internationalistische Partei und unterstützt bspw. die Versuche eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Lateinamerika sowie globalisierungskritische Mobilisierungen, z.B. gegen die G8.

Soziale Interessen

Als einzige Partei kritisiert DIE LINKE den Sozialabbau und die „Antikrisenpolitik“ der Bundesregierung, ist für die Abschaffung von Hartz 4 und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Bei konkreten sozialen Auseinandersetzungen wie dem GDL-Streik oder den aktuellen Tarifrunden ergreift sie Partei für die Beschäftigten und gegen die Kapitaleseite.

Bewegungspartei

DIE LINKE im Parlament ist eine Verbündete für eine Vielzahl von Bewegungen und gibt denjenigen eine Stimme, die keine haben: ArbeiterInnen, Erwerbslosen, Studierenden, SchülerInnen, etc. Eine starke linke Fraktion im deutschen Bundestag verbessert nachhaltig die Möglichkeiten für stärkere Proteste nach der Wahl, gerade vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise.

Als DieLinke.SDS zur Wahl der LINKEN aufzurufen, ist auch ein Signal in den außerparlamentarischen Raum und an all jene, die sich nicht ins klassische Parteienschema einordnen wollen, auch an den Universitäten. Viele Kräfte der radikalen und gesellschaftlichen Linken – wichtige BündnispartnerInnen von DieLinke.

SDS – nehmen DIE LINKE jetzt schon als zentralen Bezugspunkt und einzige parlamentarische Alternative wahr. Ein antikapitalistischer Wahlauftritt kann helfen, dass mehr und mehr Menschen ein konkreteres Verhältnis zur Partei DIE LINKE entwickeln, welches auch über politische Absichtserklärungen und Resolutionen hinaus tatsächlich greifbar wird. Statt neue Leute abzuschrecken, kann DieLinke.SDS durch einen solchen Aufruf an politischer Attraktivität gewinnen und Menschen erreichen, die die Krise des Kapitalismus auch als eine persönliche Krise der politischen Repräsentanz empfinden und nach Alternativen suchen. DIE LINKE als wahlpolitische Alternative gewinnt vor dem Hintergrund der Gefahr von rechts außerdem noch zusätzlich an Bedeutung. Wie jede Krise stellt uns auch diese vor verschiedene politische Möglichkeiten: Für befreiende, antikapitalistische Interventionen oder aber auch Formen der autoritären, reaktionären und nationalistischen Krisenverarbeitung. Der gelungene Nazi-Aufmarsch von Dresden sollte uns hier eine Warnung sein: Um eine Kanalisierung der berechtigten Wut gegenüber den sozialen Ungerechtigkeiten ins rechte Lager vorzubeugen, ist ein gesellschaftlicher Pol der Hoffnung notwendig. Dieser ist auf absehbare Zeit nur DIE LINKE.

Mit einem antikapitalistischen Wahlauftritt sollte es nicht darum gehen, ein linkeres Partei- oder Wahlprogramm aufzustellen, das die Partei dann umsetzen soll. Wir sind keine kleinen Oskar Lafontaines und sollten auch nicht als solche auftreten; vielmehr sollte DieLinke.SDS für das



Kreuz an der richtigen Stelle schon allein wegen der Kernforderungen der LINKEN aufrufen: Für einen Mindestlohn, Nein zur Rente mit 67, Weg mit Hartz IV, Bundeswehr raus aus Afghanistan.

Das Grundbedürfnis nach einer sozialen und friedlichen Politik macht die Wahl im kommenden Herbst schon wegen diesen gesellschaftlichen Konfliktlinien zu einem Akt der politischen Interessensvertretung.

Zur Wahl der LINKEN aufzurufen, bedeutet nicht, Wahlkampf als Kampagne von DieLinke.SDS zu lancieren. Individuell in den Semesterferien vor dem Betriebsrat Wahlkampf zu machen oder die CDU vom Wahlkampfstand zu vertreiben, sollte jedoch legitim sein und kann auch DieLinke.SDS bereichern, und wenn auch in erster Linie als Erfahrungsschatz. Eine aktive und hoffentlich auch aktivierende Herangehensweise im Wahlkampf kann helfen, DIE LINKE auch jenseits von Wählerstimmen real in der Gesellschaft zu verankern. Der Einfluss der LINKEN in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wird durch den Aufbau von (Partei-)Strukturen an der Basis zunehmen und

nicht durch 13% plus X. Mittelfristig kann DIE LINKE so zu einer echten Partei der Mitglieder werden. Dies birgt über den Bundestagswahlkampf hinaus auch für DieLinke.SDS die Chance, Studierende politisch zu organisieren und neue Gruppen zu gründen.

Die Bundestagswahl ist eine politische Auseinandersetzung, die wir nutzen sollten. Der Wahlausgang hat Auswirkungen auf die kommenden sozialen Kämpfe und entscheidet über die Ausgangsbedingungen für antikapitalistische Politik von morgen. Die stillstehenden Bänder bei Opel sind nur die unübersehbaren Vorboten einer tieferen Rezession, die auch nach der Bundestagswahl noch weitergehen wird. Die Krise wird sich ausweiten - auf die gesamte kapitalistische Ökonomie. Offen ist, ob der Legitimationskrise des Neoliberalismus auch ein Legitimationsproblem des Kapitalismus überhaupt folgt. Mit einem antikapitalistischen Aufruf zur Wahl der LINKEN können wir darauf einen (immerhin) begrenzten Einfluss nehmen.

Letztlich sind Streiks, Demonstrationen und Wahlen unterschiedliche Formen der gleichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen oder "unterschiedliche Bühnen des Klassenkampfes". Nur eine Minderheit der Bevölkerung nimmt an Demonstrationen und Streiks teil, eine Mehrheit jedoch an Wahlen. Als DieLinke.SDS sollten wir die Bedeutung der Bundestagswahl daher nicht unterschätzen - um die Wahl herum kommen wir ohnehin nicht.

Benjamin Stotz, SDS.DieLinke.FU, AG
Wahlintervention

Wahlkampf von unten - Chance für einen Politikwechsel

Wahlkampf als Impuls zur Partizipation

Wahlkämpfe scheinen auf den ersten Blick wenig Chancen für eine Demokratisierung oder eine Stärkung der politischen Partizipation zu bieten. Sie werden stark zentralisiert und oft auch personalisiert geführt, sie arbeiten mit massiver Medienpropaganda und ihr Ausgang hängt von ungleich verteilten Geld- und Machtressourcen ab. Nach der Logik eines Wahlkampfes sollen die Bürger möglichst effizient dazu bewegt werden, ihre Stimme an eine Person oder Partei abzugeben. In dieser Delegation ihrer politischen Interessen nach oben erschöpft sich die politische Aktivität eines Großteils der Bevölkerung. Dies ist das Bild des modernen Wahlkampfes, wie es viele Linken zu Recht kritisieren und mit dem sie entsprechend wenig zu tun haben möchten.

Doch dieses Bild stimmt nur teilweise. Es verkennt die Bedeutung des Wahlkampfes als eine Zeit der intensiven politischen Auseinandersetzung. Die Wahl ist für viele Menschen die erste und einzige Form der Partizipation und viele fühlen sich nur im Wahlkampf überhaupt als politisches Subjekt. In einigen Wahlkampagnen der letzten Jahre wurde darum versucht, an genau diesem Potential anzusetzen und die Logik der Passivität zu durchbrechen. So gelang eine Partizipation und Politisierung vormals „unpolitischer“ Menschen.

Der Obama-Wahlkampf, die Kampagne

der niederländischen Sozialistischen Partei (SP) und die französische NON-Bewegung gegen die EU-Verfassung sind Beispiele eines solchen, mehr oder weniger „auf den Kopf gestellten“ Wahlkampfes. An die Stelle medialer Berieselung treten in einem solchen Modell konkrete Mitwirkungsangebote, statt um Stimmen oder um Mitgliedschaft wird zuerst für politische Aktivität geworben. Die Verantwortung für die Kampagnen wird hier dezentralisiert, im Zentrum steht der „face-to-face“-Kontakt zwischen den Menschen und deren selbstorganisierte Vernetzung in kleinen Gruppen, Hauskreisen und Wahlkampfteams. Die Grundlage für eine solche erfolgreiche Selbstorganisation können Techniken des Organizing legen, die vor allem aus der gewerkschaftlichen Praxis kommen.

Die Partei die Linke. hat diese Ideen aufgegriffen und wird im Wahljahr 2009 eine Aktivierungsstrategie unter dem Logo Linksaktiv in ihren Wahlkampf integrieren.

Solche Kampagnen betreten Neuland und haben je nach ihrer Ausgestaltung und Umsetzung unterschiedliche Folgen. Sie können im negativen Sinne Teil einer rein parteipolitischen Strategie sein und einer hierarchischen Organisation einen „basisdemokratischen Anstrich“ geben. Sie können aber auch, einmal initiiert, eine Eigendynamik entwickeln, die die politische Praxis vieler Menschen ver-

ändert und damit gesellschaftliche und innerparteiliche Umbrüche anstößt. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Weltwirtschaftskrise können sie einen Beitrag dazu leisten, dass Menschen für ihre Rechte kämpfen.

Aus diesem Grund ist es für die Linke – sei sie parteipolitisch oder außerparlamentarisch engagiert – wichtig, diesen Impuls aufzunehmen und sich an der Ausgestaltung eines solchen Aktivierungswahlkampfes konstruktiv und kritisch zu beteiligen.

Dabei geht es darum, passive Repräsentation in Aktivität umzuwandeln. Menschen, die noch nie oder lange nicht politisch aktiv waren, erhalten im Aktivierungswahlkampf ein niedrighschwelliges Angebot, sich einzubringen und sich mit anderen auszutauschen: am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, im sozialen Umfeld. Menschen werden ermutigt, ihren Lebensraum als politisch gestaltbar wahrzunehmen. Sie werden über den parteipolitischen Horizont hinaus angeregt, über linke Themen offensiv zu sprechen und zu streiten. Denn wenn sich die Gesellschaft verändern soll, kann das natürlich nicht nur aus einem Wechsel der parlamentarischen Mehrheiten resultieren: Menschen müssen sich in Bewegung setzen. Einem Aktivierungswahlkampf liegt damit ein Politikverständnis zu Grunde, dass sich von einer reinen Stellvertreter-Logik grundsätzlich unterscheidet. Indem sich die Linke für diesen Prozess öffnet, öffnet sie sich auch für ein solches Politikverständnis.

Aktiv werden – mit oder ohne Mitgliedschaft

Ein Aktivierungswahlkampf kann neben der großen Zahl an passiven Mitgliedern auch SympathisantInnen leichter erreichen: Menschen, die zwar die politischen Inhalte der Linken teilen, aber eine Distanz zu Parteistrukturen haben und sich scheuen, selbst in der Partei mitzuwirken. Das Potential dieser Menschen ist in der Linken enorm groß: So stehen beispielsweise in NRW den aktuell rund 1 Mio. Linke-Wählern nur ca. 7000 Mitglieder gegenüber (Verhältnis 1:200) – im internationalen Vergleich mit anderen linken Parteien ein niedriger Wert. Ein Aktivierungswahlkampf, in dem ein Netzwerk aus Freiwilligen (Mitgliedern und Nichtmitgliedern) eigenständig lokal agiert und gemeinsam an konkreten Aktionen arbeitet, kann solchen Menschen ein attraktives Angebot zum Mitmachen machen. Dabei ist zweitrangig, ob sie dies mit oder ohne Parteibuch tun – sie werden Teil einer Bewegung, sie bündeln ihre Kräfte und sie engagieren sich konkret in politischen Kämpfen. Damit verändern sie die Gesellschaft, auf die Art und Weise, wie sie es möchten und in einem Rahmen, den sie selbst ausgestalten.

Dies ist für die Partei – im positiven Sinne – ein Wagnis: Die Arbeit mit Unerfahrenen und Neulingen und die Übertragung von Verantwortung auf dezentrale Akteure erfordern viel Offenheit, Geduld, stellen alte Strukturen in Frage und müssen somit nicht zuletzt mit innerparteilichen Widerständen rechnen.

Linksaktiv – eine Partei bewegt sich
Die Kampagne Linksaktiv wirbt seit einigen Wochen intensiv um Zustimmung innerhalb und außerhalb der Partei. Der

gesamte Wahlkampf, so das Ziel, soll eine offensive „Mit-mach“-Komponente beinhalten. Das Aktivieren möglichst vieler Menschen soll zum zentralen Erfolgskriterium der Wahlkampagne werden. Hierfür will das Projekt Linksaktiv mit einer eigenen Online-Community eine attraktive Möglichkeit zur politischen und praktischen Kommunikation der Aktiven bereitstellen (voraussichtlich ab Mitte April unter www.linksaktiv.de). Mit einem Aktivierungsformular können sich schon heute Interessierte melden, die bereit sind, mit anderen Freiwilligen in Kontakt zu treten. Lokale Wahlkampfteams werden diese Interessierten im nächsten Schritt einbinden und mit ihnen Aktionen, Infostände und Veranstaltungen gemeinsam planen.

Aktivierung und lokale Einbindung – wie kann das gehen?

Die Herausforderung und Chance für die lokalen Gruppen ist es dabei, die Neuen nicht nur in die Ausführung, sondern auch in die Planung des Wahlkampfes mit einzubeziehen. Die lokalen Gruppen müssen ihre internen Strukturen und Arbeitsweisen entsprechend überdenken und öffnen. Die gemeinsame Koordination, die Mitverantwortung und das Mitwissen eines und einer jeden rücken so in den Mittelpunkt. Hierarchien und Informationsmonopole müssen abgebaut werden.

Insbesondere die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren Techniken entwickelt und wiederentdeckt, die sich mit der erfolgreichen Mobilisierung einer Kampagne von der Basis aus beschäftigen. Mit den Methoden des Organizing

steht ein Baukasten zur Verfügung, der einen Wahlkampf von unten ermöglicht. Ein Kernpunkt für die Gruppen vor Ort ist hierbei die Konzentration auf diejenigen Orte und Menschen, bei denen nachhaltige Selbstaktivität entstehen kann. Es müssen die Punkte gefunden werden, an denen Menschen am ehesten dazu motiviert werden können, selbst Verantwortung zu übernehmen. Das bedeutet im Wahlkampf, sich nicht auf eine diffuse Präsenz in der Fläche zu verlassen, sondern an ausgewählten Orten konstant zu arbeiten und neue MultiplikatorInnen zu finden. Es werden schrittweise Aktivitäten geplant, die ein kontinuierliches Anwachsen des Aktivenkreises zum Ziel haben. Die Aktivitäten stehen zwar im Kontext des bundesweiten Wahlkampfes und werden durch die Linksaktiv-Kampagne mit informiert und koordiniert, sie lassen aber zugleich Raum für lokale Themen und individuelle Ideen. Die lokale Ebene ist somit der entscheidende Ort, von dem die Dynamik ausgehen soll. Die Chance für die lokalen Gruppen ist deshalb neben einem Zuwachs an Aktiven auch eine Weiterentwicklung der eigenen Arbeitsweisen und Kommunikationsstrategien. Der direkte Kontakt zu neuen Menschen mit neuen Ideen und Meinungen zwingt dazu, die bisherigen Praktiken zu durchdenken, nachvollziehbar zu begründen und gemeinsam zu verbessern.

Gegenmacht organisieren in den Zeiten der Krise

Die zentrale Auseinandersetzung, in der die Linke im Wahljahr 2009 intervenieren muss, ist die Finanz- und Wirtschafts-

Krise, die eine existenzielle Bedrohung für einen Großteil der Menschen darstellt. Die Frage, wer die Kosten zu tragen hat und wer die Verluste zahlen muss, ist die politische Frage, die die Menschen bewegt. Leider ist es der Linken bislang nicht gelungen, den Krisendiskurs nachhaltig zu beeinflussen und Angst und Wut der Menschen in Aktion, nicht Resignation zu verwandeln. Vielen Menschen fehlen niedrigschwellige Angebote, sich in die politische Auseinandersetzung einzubringen und sich für ihre Interessen in der Krise einzusetzen. Hier kann der Aktivierungswahlkampf eine wertvolle Möglichkeit bieten, Aktivität zu erzeugen, effektiv zu organisieren und zu vernetzen.

Aus diesem Grund ist die erste Kampagnenidee im Linksaktiv-Wahlkampf die Aktion „Ein Schutzschirm für Menschen“ (statt für Banken und Konzerne). Ein Schutzschirm für die Menschen, das heißt konkret: Verbot von Massentlassungen in profitablen Unternehmen, Belegschaftsbeteiligungen und mehr betrieblicher Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, Verlängerung des Bezugszeitraumes des Arbeitslosengelds I und Erhöhung des Arbeitslosengelds II. Für diese Forderungen sollen flächendeckend vor betroffenen Großbetrieben, Jobcentern und Arbeitsagenturen Unterschriften gesammelt und dies mit der Mobilisierung zu den Großdemonstrationen am 28. März und am 16. Mai verbunden werden. Zeitlich soll dies jeweils am Tag der monatlichen Verkündung der Arbeitslosenzahlen passieren (nächster Termin: 30.3.). Dies bildet den Startpunkt für

eine eskalierende Kampagne, die – wenn sie ersteinmal in Fahrt gekommen ist – schrittweise Gegenmacht zur herrschenden Krisenpolitik aufbauen und den gesellschaftlichen Diskurs tatsächlich verändern kann.

Der Aktivierungswahlkampf schafft somit einen konkreten Rahmen, in dem die von der Krise Bedrohten und Betroffenen für ihre eigenen Interessen kämpfen können – damit kann die Kampagne tatsächlich weit mehr werden als ein Wahlkampfinstrument und ihr emanzipatives Potential voll entfalten.

Hannah, Benny und Joao (Linksaktiv-Kampagne)

Intervention Superwahljahr

Für den Studierendenverband gibt es zahlreiche Möglichkeiten in den Bundestagswahlkampf einzuschreiten. Kampagnen und Projekte der Bundesebene, aber auch die konkrete hochschulpolitische Arbeit vor Ort lassen einigen kleineren Gruppen jedoch kaum Freiraum, um die Durchführung weiterer Projekte zu leisten.

Wir müssen uns also überlegen welche Schwerpunkte der Verband und die Gruppen vor Ort in der nächsten Zeit setzen.

Es stellt sich somit folgende Frage:

Sollte der Studierendenverband in den Wahlkampf der Partei DIE LINKE intervenieren?

Fest steht, dass der Verband kein „Propagandaorgan“ der Partei in die Studierendenschaft sein darf. Vielmehr sehe ich die Aufgabe des Verbands sein eigenes antikapitalistisches Profil zu einer Intervention in den Wahlkampf zu nutzen. Die Verbandsstrategie sollte also nicht sein, seine Mitglieder zum Flyern und Plakatieren abzustellen, sondern die Verbandsausrichtung und politischen Forderungen in die Partei hineinzuprojizieren. Als außerparlamentarische Struktur und bewegungsorientierter Studierendenverband liegt hier eine breite Basis vor, die Forderungen an die parlamentarische Politik stellen kann und auch muss. Der Wahlkampf bietet eine besondere Gelegenheit diese Forderungen lautstark zu artikulieren und mehr Gehör zu finden, als dies normalerweise der Fall ist.

Im Weiteren lässt sich natürlich festhalten, dass wir in der Partei DIE LINKE personell und politisch eine Chance er-

blicken, unsere Forderungen erfüllt zu sehen. Darum bekennen wir uns schließlich als parteinaher Studierendenverband.

Nun stellt sich im nächsten Schritt die Frage wie eine solche Intervention aussehen könnte.

Ob eine Hochschulgruppe nun beim Plakatieren und am Infostand unterstützt, sollte man den jeweiligen Personen vor Ort überlassen. Eine Verbandsstrategie sollte jedoch nach Möglichkeit von allen getragen werden. Dabei zeigt sich eine starke Heterogenität in Gruppengröße, politischer Ausrichtung, Parteinähe und –ferne von Gruppe zu Gruppe und allem sollte in einem pluralistischen Verband Rechnung getragen werden.

Daher muss zum einen die Verknüpfung zu momentan vorhanden Projekten gegeben sein, um den Arbeitsaufwand für kleinere Gruppen zu verringern, zum anderen muss eigenes Material erstellt werden, um die Besetzung studentischer Themen, die breiten Konsens im Verband finden, deutlich zu machen.

Wichtig erscheint mir auch, dass wir unsere eigenen Forderungen nicht aus den Augen verlieren und die Verbandsausrichtung, sowie die Arbeit an beschlossenen Projekten hier beibehalten. Eine adäquate Möglichkeit sehe ich in einer Intervention durch den Jugendwahlkampf der Linksjugend [`solid]. Gemeinsam könnte man beispielsweise das Thema Bildung sehr gut aufarbeiten und von verschiedenen Seiten beleuchten.

Der Bildungstreik bietet hier einen aktuellen Anknüpfungspunkt zu einer bewe-

gungsorientierten Basis, einem vorhandenen Arbeitsschwerpunkt des Verbands, sowie zur Klassenauseinandersetzung auf der Straße und die Aufbereitung des Themas Studienhonorar beinhaltet einen Schwerpunkt unserer Programmatik. Auch ein Bezug zur Wirtschaftskrise kann mit der Forderung nach dem Studienhonorar über die Bildungsfinanzierung hergestellt werden.

Daraus würde sich dann eine dritte Frage ergebe - die Frage nach der konkreten Umsetzung.

Hier sind verschiedene Szenarien denkbar. Selbstverständlich könnte man ein derartiges Projekt auch ohne den Jugendverband umsetzen, dennoch glaube ich, dass die ausschließliche Forderung nach dem Studienhonorar dem Schwerpunkt Bildung nicht gerecht wird und allein stehend, ohne das Gesamtproblem „Deutsches föderales Bildungssystem“ zu kritisieren, verloren bleibt und unverständlich erscheint. Das Thema Bildung ist jedoch so umfassend, dass wir auf die Unterstützung des Jugendverbands angewiesen sind, schließlich beginnt sie nicht erst mit dem Studium.

Problematisch erscheint mir jedoch die Koordination beider Strukturen. Da die Wahlkampfintervention im Jugend- als auch im Studierendenverband basisdemokratisch legitimiert werden muss, ist im Moment nicht absehbar wie sich die jeweiligen Kongresse entscheiden und welche Strategie durch die jeweilige Versammlung für sinnvoll erachtet wird. (in zwei Wochen wissen wir mehr)

Was würde es für den Verband als Ganzes und die Gruppen vor Ort bedeuten „Wahl-

kampf“ zu betreiben?

Schwierigkeiten sehe ich in der Umsetzung einer Intervention durch die kleinen Gruppen, die schon bisher Probleme bei der Umsetzung der Kampagnen haben. Viele Mitglieder werden sich am regulären Parteiwahlkampf beteiligen und weitere Kampagnen durch den Studierenden- und Jugendverband als zusätzliche Last empfinden.

Auch werden wir den Vorwurf vernehmen, nichts weiter als die „junge Garde der Partei“ zu sein. Aber ich glaube, dass wir mit der Umsetzung verbandseigener programmatischer Eckpunkte im Wahlkampf ein starkes Profil vorweisen können und zudem mehr Eigenständigkeit beweisen als wenn wir am Parteiinfostand stehen.

Franziska Stier (Konstanz)

Möglichkeiten der Intervention für Die Linke.SDS im Superwahljahr 2009

Bislang wurde die Diskussion über eine mögliche Intervention von uns in den Wahlkampf verbandsintern kaum geführt. Dieser Beitrag möchte eine Anregung zu einer Diskussion sein, die dann auf verschiedenen Wegen weitergeführt werden kann. Für mich erschließt sich die Frage nach dem Ob und Wie einer Beteiligung von Die Linke.SDS im Wahlkampf am ehesten über den Charakter, den unser Verband besitzt.

Vom Selbstverständnis sind wir meiner Meinung nach:

1. der parteinahe Studierendenverband der LINKEN
2. eine besondere Arbeitsgruppe von LJS
3. ein Interessenvertreter linker Studierender

Diese unterschiedlichen Ebenen wirken sich darauf aus, wie wir unsere Möglichkeiten einschätzen sollten, im Wahlkampf 2009 zu agieren. Verschiedene Handlungsoptionen lassen sich daraus ableiten, die ich kurz erläutern möchte.

1. Unser Verhältnis zur Partei ist von einer kritischen Nähe gekennzeichnet. Dies bedeutet sehr wohl, dass wir uns generell positiv zur Partei beziehen, dabei jedoch mit konstruktiver Kritik einen Beitrag zu ihrer Weiterentwicklung liefern können und auch müssen.

Vor diesem Hintergrund empfehle ich, dass wir uns im Wahlkampf dieser kritischen Nähe bewusst werden. Ein klassischer Parteiwahlkampf (Infostände, Parteiflyer verteilen...) sollte von uns als

Verband deshalb nicht betrieben werden. Man könnte zwar dafür argumentieren, dass es hilfreich wäre, wenn durch unser Engagement Mitglieder für die Partei gewonnen werden oder wenigstens Wählerstimmen generiert werden. Aber wäre dann nicht die äußerst nachteilige Konsequenz - zumindest zu Wahlkampfzeiten - als ein verlängerter Arm der Partei an den Hochschulen wahrgenommen zu werden? Ein direkter Wahlkampf schließt sich aufgrund rechtlicher Schranken aus. Parteiwerbung an Hochschulen ist nicht zulässig.

Innerhalb des Studierendenverbandes sind eine Reihe von Menschen aktiv, die sich auch in verschiedensten Parteigliederungen organisieren. Sie können dann in der Wahlkampfzeit ihren ganz persönlichen Beitrag leisten, um die Partei zu stärken.

Die Linke.SDS sollte im Wahljahr 2009 eine Empfehlung zugunsten der Partei Die LINKE aussprechen. Darin sollten wir deutlich machen, warum diese Partei die einzige ist, die unseren hochschulpolitischen Zielen und gesellschaftlichen Perspektiven entspricht.

2. Wir sind eine besondere Arbeitsgruppe des Jugendverbandes Linksjugend.Solid. Deshalb sollten wir uns am Jugendwahlkampf durchaus beteiligen. Einer der Kernthemen, mit denen der Jugendverband in den Wahlkampf ziehen möchte, wird Bildung sein (wie auf dem Zukunftskongress in Erfurt beschlossen wurde).

Wir sollten uns auf diesem Themengebiet engagieren und gemeinsam mit dem Jugendverband versuchen, bildungspolitische Forderungen zu artikulieren. Hier könnten wir unsere beschlossenen hochschulpolitischen Forderungen (schöner studieren, Studienhonorar) einbringen und somit aktiv an der Ausgestaltung des Jugendwahlprogramms mitwirken.

Mit dieser Schwerpunktsetzung machen wir deutlich, dass wir ein hochschulpolitischer Akteur sind, der die Interessen von linken Studierenden vertritt. Eine Ausweitung unseres Engagements auf allgemeinpolitische Themen des Wahlkampfes halte ich nicht für besonders ratsam. Erstens kostet dies teilweise unsere Ressourcen. Zweitens wird Bildung ein derart wichtiges Thema im Wahlkampf sein, mit dem wir als Verband starke Akzente setzen können.

Wir sollten unsere Themen im Jugendwahlkampf versuchen zu setzen. Dabei empfehle ich die Konzentration auf unsere bildungspolitischen Kernforderungen (Studienhonorar, Schöner-Studieren).

Michael Müller (Regensburg)

Strategie im Wahl- und Krisenjahr 2009

Von großer Bedeutung für den Erfolg von dielinke.SDS im Jahr 2009 wird es sein, dass die Aktiven des Verbandes in den Gruppen intensiv zur Strategie im Jahr 2009 diskutieren und ihre Ergebnisse bis zum Bundeskongress konkretisieren. In diesem Beitrag sollen aus Annahmen zur politischen Lage im kommenden Jahres grundsätzliche Folgerungen für das Auftreten des sozialistischen Studierendenverbandes dielinke.SDS im Wahljahr 2009 gezogen werden. Es wird daran anknüpfend dargestellt, was sich hieraus für den Bundeskongress ergibt.

Die Fragestellung

Dazu, wie in Zeiten vor Wahlen in parlamentarischen Systemen agiert werden soll, existieren in der breiten gesellschaftlichen Linken verschiedene Positionen. Einige setzen Hoffnung darauf, eine starke parlamentarische Vertretung zu erlangen - und es dabei zu belassen.¹ Ganz selbstverständlich folgt daraus eine möglichst umfangreiche Beteiligung an Wahlkämpfen als Ort des demokratischen Wettbewerbs, in dem mit der Mehrheit der Stimmen politische Entscheidungspositionen erlangt werden.

Andere haben erkannt, dass mit der alleinigen Fokussierung auf den parlamentarischen Betrieb - wenn überhaupt - nur geringe und völlige unzureichende Erfolge errungen werden. In Wahlen wird ein Mittel zur Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen in einer kapitalistischen, sexistischen, rassistischen, nationalisti-

sehen Gesellschaft gesehen. Daraus folgt nun für Teile der gesellschaftlichen Linken, dass Wahlen als völlig uninteressant für die eigene politische Aktion angesehen werden.

Die erste Perspektive vernachlässigt, dass man mit der Beschränkung auf parlamentarische Einflussnahme zwangsläufig Grundlagen unserer Gesellschaft akzeptiert und deren Regeln in der Praxis bestätigt. Dem zweiten Standpunkt ist entgegenzuhalten, dass er einen vorschnellen Schluss zieht: Auch wenn Wahlen als Legitimationsinstrument formaler und auf wenige Fragen begrenzter Demokratie fungieren, ist damit noch nichts darüber gesagt, inwiefern sie für politische Zwecke der Linken genutzt werden können. Ein instrumentelles Verständnis ist angebracht: Wo und wie kann SozialistInnen eine Intervention weiterbringen - und wo nicht?

Das gesellschaftlich-politische Umfeld der Wahlen 2009

Die Wahlen im Jahr 2009 stehen - natürlich - im Vorzeichen der weltweiten ökonomischen Krise. Es ist dabei davon auszugehen, dass sich im Zeitraum bis zur Bundestagswahl auch die sozialen Verhältnisse weiter deutlich zuspitzen werden. Die arbeitsmarktpolitischen Institute wie Kündigungsschutz und staatlich ausbezahltes Kurzarbeitergeld in der BRD können Entlassungen und Lohnsenkungen in der umfassenden Krise allenfalls verzögern. Zusätzlich bestehen wei-



tere Risiken für die Volkswirtschaften des globalen Kapitalismus.²

Momentan sind sozialistische Forderungen verhältnismäßig leise. Zwar ist allenthalben von Enteignung und Verstaatlichung zu hören - dies aber nur, um die Formen kapitalistischer Produktion vor dem Untergang zu bewahren. Die Linkspartei hat dabei im bisherigen Verlauf der Krise nur wenig Kraft entfaltet.

Damit ist jedoch noch nichts darüber ausgesagt, wie sich DIE LINKE unter den oben skizzierten Verhältnissen von Wahlkampf und sozialer Krise in den kommenden Monaten verhalten wird. Es ist abzusehen, dass dem reformorientierten Flügel durch die staatsorientierten Maßnahmen der nationalen Regierungen eher der Wind aus den Segeln genommen wird. Die gewerkschaftlich orientierten Parteikreise, die insbesondere in westdeutschen Verbänden der Partei dominieren, sind eher oppositionell zur kaum kampfbereiten Gewerkschaftsführung und könnten eine wichtige Rolle in Streiks und Protesten spielen. Abzuwarten ist, ob ostdeutsche Teile der Linkspartei in ähnlicher Weise in der Arbeitslosenbewegung agieren werden. Wenn es aber eine zur Wahl stehende politische Kraft gibt, die eine solche Rolle übernehmen kann, dann DIE LINKE.

Nicht abzusehen ist, inwieweit die Linkspartei durch die Krise und den mit ihr verbundenem gesellschaftlichen Protest von ihrer zur Zeit dominierenden parlamentarischen Ausrichtung abrückt und stattdessen parlamentarische Interessen-

vertretung als nur eines von mehreren Mitteln sozialistischer Politik ansieht. Ebenfalls weitgehend offen ist, ob innerparteiliche Veränderungen erreicht werden und Entscheidungen stärker als bisher von der breiten Mitgliedschaft ausgehen. Eine Entwicklung in diesem Sinne ist wahrscheinlich, ihr Umfang wird auch von der Stärke der kommenden sozialen Auseinandersetzungen abhängen.

strategische Folgerungen

Für SozialistInnen ist es unter den Voraussetzungen des Wahljahres - soziale Krise und pseudosoziale staatliche Kapitalismusrettungsprogramme - daran, den Charakter der "Rettungs"maßnahmen offenzulegen und sozialistische Forderungen in den Blickpunkt von lohnabhängig Beschäftigten, Arbeitslosen, RentnerInnen und sich in Ausbildung befindlichen Menschen zu rücken. Eigentumsverhältnisse sind in Frage zu stellen - die Übernahme von Produktion durch Belegschaften muss auf die politische Agenda. Der SDS sollte seine hochschulpolitischen Forderungen nach vorn bringen und in einen allgemeinpolitischen Zusammenhang einordnen. Die Rolle des SDS in den kommenden Monaten besteht somit darin, breite Bündnisse der außerparlamentarischen Bewegungen zu stärken und sich mit sozialistischen Inhalten in einer durch Krise und Wahl politisierten Zeit einzubringen. Um seinen Inhalten Gehör zu verschaffen, hat ein eigenständiger linker Verband dabei ausschließlich die eigenen Positionen zu vertreten und eigenes Material zu verwenden.

Der SDS hat mit Blick auf die Wahlen die Optionen, zur Stimmabgabe für eine Partei aufzurufen, aber auch nicht zur Wahl aufzurufen oder zur Nichtwahl aufzurufen. Er hat diese Entscheidung "strategisch" nach konkreter Sachlage zu treffen. Es ist hierfür unerheblich, dass der SDS ein linksparteinaher Verband ist. Er könnte dennoch nicht zur Wahl aufrufen, wenn er z.B. den konkreten Wahlkampf der Linkspartei ablehnt, oder wenn er nur deren außerparlamentarische Aktivität befürwortet. Andererseits tut es der Eigenständigkeit keinen Abbruch, wenn er zur Wahl der LINKEN aufruft. Es macht gerade seine Eigenständigkeit aus, dass er Wahlempfehlungen geben kann. Es hilft deshalb auch nicht weiter, wenn argumentiert wird, dass der SDS ohnehin schon einen zu starken Bezug zur LINKEN aufweist. Dies ist sicher eine von verschiedenen Erscheinungen, denen im Verband entgegengetreten werden muss. Nur ändert sie nichts daran, dass der SDS zur Wahl aufrufen sollte, wenn die politischen Gegebenheiten dies für erforderlich erscheinen lassen. Und natürlich erhält der SDS von der Linkspartei finanzielle Unterstützung. Aber auch daraus ergibt sich kein Automatismus. Es ist nämlich für DIE LINKE schon von Nutzen, wenn ein starker linker Studierendenverband existiert, auch wenn dieser nicht zur Wahl aufruft.

Oben wurde dargelegt, dass mit der Linkspartei eine Organisation zu Wahl antritt, die keineswegs dem Ideal einer sozialistischen Partei entspricht, für die parlamentarische Aktion nur Mittel, nicht aber Ziel ist. Es wurde aber auch argumentiert,

dass begründete Hoffnung dazu besteht, dass sie eine positive Rolle in den vor uns liegenden sozialen Auseinandersetzungen spielen wird und sich selbst in diesen Kämpfen verändert. Wenn die Aktiven des SDS diese Einschätzung mehrheitlich teilen, sollte der Studierendenverband zur Wahl der Linken aufrufen. Er sollte in diesem Aufruf begründen, aus welchen politischen Erwägungen heraus er dies tut und auch darlegen, welche Probleme er mit Entwicklungen der Linkspartei hat. Der Wahlaufruf kann nur ein Teil seiner politischen Kampagne sein, in der er sozialistische hochschulpolitische Forderungen in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang einordnet.

Beschlüsse des Bundeskongress'

Aus dem Gesagten würde sich ergeben: Der kommende Bundeskongress verabschiedet eine Kampagne, in dem er hochschulpolitische Forderungen mit allgemeinpolitischen verknüpft. Er ruft zur Wahl der Linkspartei auf und begründet dies aus kritisch-solidarischer Perspektive. Wenn sich Hochschulgruppen von dielinke.SDS in den Wahlkampf einbringen, sind sie vom Bundeskongress dazu anzuhalten, ausschließlich mit Forderungen und Materialien des Verbandes dielinke.SDS oder seiner Strukturen auf-

zutreten. Dessen ungeachtet können Personen oder Personengruppen natürlich Wahlkampf für DIE LINKE machen - aber eben nicht als SDS-Hochschulgruppe oder SDS-AktivistIn. Gewählte oder eingesetzte Organe des Verbandes (Bundesvorstand, Arbeitsgemeinschaften) sind vom Bundeskongress an diese Vorgabe zu binden.

Ernesto, SDS.dielinke HU Berlin

¹ Mit dieser will man aus der Opposition die Regierung vor sich hertreiben, so eine sozialere Politik der jeweiligen Regierung erreichen und vielleicht so stark werden, dass langfristig nichts an einer Regierungsbeteiligung vorbeiführt. Jedenfalls wird ein gutes Wahlergebnis als Zeichen gesellschaftlich-demokratischer Akzeptanz und "Legitimität" der eigenen Positionen gesehen.

² Angesprochen seien hier nur gigantische Staatsdefizite, die irgendwie finanziert werden müssen. Probleme dürfte dies insbesondere den US-amerikanischen Staat bereiten. Er wird möglicherweise gezwungen sein, potentiellen Geldgebern höhere Zinsen einzuräumen - dann müssten aber auch die Zinsen steigen, mit denen die amerikanische Zentralbank Geld an die Banken verleiht. Da dies negative Auswirkungen für die Wirtschaft hätte, bliebe ihr nur Alternative für den Staat Geld zu "drucken", was wiederum die Inflation anheizen würde: "Dollarland abgebrannt", junge Welt vom 28.02.

Die Linke ist größer als DIE LINKE

Auf dem letzten Bundeskongress wurde beschlossen, eine AG zu gründen, die Vorschläge erarbeiten sollte, ob und wie Die Linke.SDS in das Superwahljahr 2009 intervenieren könnte. Trotz mehrerer Versuche, per Telefonkonferenz diese AG ins Leben zu rufen, hat bis heute niemand dafür Interesse gezeigt. Dieses Linkskontrovers soll an die Stelle der AG treten; einen offenen Diskurs im Verband kann es aber nicht ersetzen. Ohne lange die Defizite repräsentativer Demokratie auszuführen, wollen wir dazu Stellung nehmen, welches Verhältnis wir im Wahlkampf zur Partei pflegen sollten.

Wie lang ist der Arm der Partei? Wir schicken voran, dass wir beide Mitglieder der Partei DIE LINKE sind. Wir wollen nicht bestreiten, dass Parteien zur Organisation politischer Interessen in unserer Gesellschaft eine gewisse Rolle spielen. Das Parlament beschließt die Gesetze. Wir wählen das Parlament. Wir finden aber: Damit ist der Demokratie lange nicht Genüge getan. Wir haben nur einmal in vier Jahren die Möglichkeit, unsere Stimme abzugeben, mit der wir dann aber nur eine grobe Richtung wählen können. Und die Erfahrung lehrt, dass Wahlversprechen eben oft doch nur im zweiten Sinn des Wortes Versprechen sind. Auch die Wahl der LINKEN garantiert leider keine Politik in unserem Sinne (siehe Berlin). Kommt die „Partei“ ins Spiel, suchen viele linke Studierende darum schnell das Weite.

Wir können nicht einfach behaupten, dass

diese SkeptikerInnen Unrecht haben und viele von ihnen damit links liegen lassen. Gerade ihre konstruktive Kritik ist aber wichtig für unser (selbst)reflektiertes Arbeiten.

Wenn wir ihre Bedenken ignorieren, werden uns viele linke Studierende nicht mehr zuhören. Etliche sehen uns als verlängerten Arm der Partei, der an den Unis auf Stimmenfang gehen soll. Damit werden wir nicht als selbständig wahrgenommen; aber so selbständig wie wir sind, wollen wir doch auch in Erscheinung treten. Oder?

Wo stehen wir?

Wir sollten die Studierenden dort abholen, wo sie sind. Sonst schließen wir genau die Studierenden aus, die wir aber erreichen wollen, mit denen wir doch überhaupt erstmal ins Gespräch kommen wollen, so auch über Sinn und Unsinn von Parteien.

Uns sollte interessieren, was uns parteiverdrossene Studierende darüber zu erzählen haben, unter welchen Bedingungen sie studieren und wie sie die Gesellschaft sehen. Mit der Auswertung von Statistiken und Einschätzungen von Instituten allein haben wir unsere Situation noch lange nicht erfasst. Es geht darum, unterschiedliche Lösungswege auf breiter Basis zu erarbeiten und verändernd in die Gesellschaft einzugreifen. Es ist auch an uns, ganz neue Wege zu finden. Dafür müssen wir aber verstehen, was das für eine Gesellschaft ist, in der wir uns tagtäglich bewegen und die wir selbst mitbilden. Es genügt also nicht, hochschulpoliti-

sche Forderungen an die Partei zu stellen, in der Hoffnung darauf, dass sie uns aus der Misere rettet.

Wichtiger: einen Prozess der Selbstverständigung anstoßen, Lösungen mit möglichst vielen linken Studierenden erarbeiten und gemeinsam umsetzen. Hört sich einfach an, ist es aber nicht. Und alleine können wir das schon gar nicht.

Partei und Bewegung

Deswegen brauchen wir linke Bündnispartner im außerparlamentarischen Spektrum. Die meisten kennen wir auch schon und die kennen uns. Wahlkampf für DIE LINKE wird uns einige wichtige Bündnispartner vergraulen, weil diese ihrem Selbstverständnis nach parteiskeptisch sind. Auch unser Verband hat aus diesem Grund Mitstreitende verloren. Das ist nicht hinnehmbar.

Denn wir sind Teil sozialer Bewegungen und Teil einer gesellschaftlichen Suchbewegung nach Alternativen. Als parteinaher Studierendenverband kämpfen wir heute per se mit den Bürden der Partei. Allein dies erschwert uns schon jetzt, die Freiräume und Experimentierfelder zu nutzen, die wir als Studierendenverband haben. Leichtfertig haben wir bereits Organisationsformen wie die Einführung von offiziellen Mitgliedschaften übernommen, die eher aus Gewohnheit als aus Überlegung eingeführt wurden. Solche Hürden erschweren nicht nur unsere Situation als Studierendenverband, sondern beschneiden uns auch als Teil der sozialen Bewegungen. So bewegen wir nämlich kaum eine/n.

Hürdenlauf der Bewegten

Wir sehen auch, dass sich trotz Finanzkri-

se und Unmut in der Bevölkerung zumindest in Deutschland eben noch nicht viel bewegt. Das hat Gründe – auch bei den Studierenden. Ein nicht unbedeutender Grund: Parteien und Mitgliedschaften sind keine sonderlich attraktiven Zugänge oder Kanäle mehr für Empörung, Widerstand und den Willen zu politischer Aktion. Insbesondere die Parteien nicht. Eine Partei – auch eine oppositionelle – bietet nicht einmal in politisch brisanten Zeiten wie jetzt eine reizvolle Perspektive für Studierende. Die meisten linken Studierenden gehen automatisch davon aus, dass sie in einem parteinahen Studierendenverband mit der Partei in allem übereinstimmen müssen und ihre Mitgliedschaft zumindest in einem der beiden vorausgesetzt wird. Dieses Vorurteil müssen wir erstmal so zur Kenntnis nehmen. Und so paaren sich ganz munter akute gesellschaftliche Probleme mit scheinbar mangelnden Partizipationsmöglichkeiten. Das gipfelt dann häufig in dem viel gehörten Satz: “Wir können doch sowieso nix machen.” Es gilt, diese Hürden abzubauen und sich beispielsweise in den Bündnissen zum Bildungsstreik lieber darauf zu konzentrieren, was wir als Bewegung machen. Die Partei DIE LINKE hat die Aufgabe, darauf zu reagieren und uns als Bewegung die Umsetzungen zu erleichtern. Dies gelingt ihr allerdings nicht ausreichend. Sowieso ist die Partei bundesweit gesehen sehr heterogen. Gerade in Bundesländern, in denen die Partei nicht in unserem Sinne agiert, kann von den Hochschulgruppen nicht verlangt werden, für DIE LINKE Wahlkampf zu machen. Auch Studierenden, die bewusst nicht in Parteien aktiv sein wollen

oder sich beispielsweise eher den Grünen zuordnen, kann ein Wahlkampf für DIE LINKE nicht zugemutet werden.

So machen wir's!

Wir sollten den Wahlkampf nicht mal themenspezifisch unterstützen, denn wir können nicht davon ausgehen, dass wir so differenziert in der Außenwahrnehmung erscheinen, wie wir es uns wünschen. Allein durch unser Wirken an der Hochschule und darüber hinaus etablieren wir die linke Perspektive in der Öffentlichkeit – und zwar inhaltlich, nicht nur durch Sprüche auf Plakaten. Wir sind daher gegen die explizite Intervention von DIE LINKE.SDS in den Wahlkampf der Partei DIE LINKE. Alle Gruppen sollten für sich entscheiden können, ob und wie sie für DIE LINKE Partei ergreifen wollen.

Anne-Kathrin Krug, SDS.Die Linke Humboldt-Uni Berlin

Nele Haas, Die Linke.SDS Potsdam

Die politischen Aufgaben der sozialistischen Studentinnen und Studenten zur Kritik der hochschulpolitischen Strategie

»Die Bewegung wissenschaftlicher Intelligenz muss zum kollektiven Theoretiker des Proletariats werden – das ist der Sinn ihrer Praxis«.

Hans-Jürgen Krahl

Was sind die Aufgaben der sozialistischen Studentinnen und Studenten? Einige grundsätzliche Überlegungen:

1. Studentinnen und Studenten werden während ihres Studiums dazu qualifiziert im gesellschaftlichen Produktionsprozess die arbeitsteilige Funktion der wissenschaftlichen Intelligenz auszuüben.

2. Verwertungs- und materieller Arbeitsprozess der kapitalistischen Produktion können voneinander nicht getrennt werden, denn der Zweck der kapitalistischen Produktion, die Produktion von Mehrwert, strukturiert den materiellen Arbeitsprozess, gibt ihm seine arbeitsteilige Form und bestimmt seinen Verlauf.

Daraus ergibt sich zunächst, dass, um die Aufgaben der sozialistischen Studierenden und ihres Verbandes richtig bestimmen zu können, nicht nur von deren vorübergehender gesellschaftlichen Stellung als zu Qualifizierende auszugehen ist, sich also auch sozialistische Hochschulpolitik nicht auf diesen Rahmen beschränken darf, sondern von der zukünftigen Stellung der Studierenden im kapitalistischen Produktionsprozess, die den Inhalt der Qualifikation ausmacht.

Welche Funktion kommt der wissenschaftlichen Intelligenz im kapitalistischen Produktionsprozess zu?

Die Aufgabe der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im kapitalistischen Produktionsprozess ist die zeitökonomische Effektivierung des materiellen Arbeitsprozesses, die Zeitersparnis und die Intensivierung der Arbeitsleistung durch die Anwendung von Wissenschaft und Technik, die ihrerseits wiederum angewandte Wissenschaft ist. Diese Funktion ergibt sich notwendig aus dem Zweck des Kapitals, der relativen Mehrwertschöpfung.

Die Arbeitenden werden dabei dem verwissenschaftlichten und technifizierten Produktionsprozess fortschreitend untergeordnet. Dieser fortschreitende intellektuelle Enteignungsprozess der Arbeitenden, denen ihr eigenes im materiellen Arbeitsprozess erworbenes und angewandtes Wissen in der Wissenschaft als Macht des Kapitals feindlich gegenübertritt ist bedingt durch die Arbeitsteilung von Hand- und Kopf.

Worin besteht die Trennung von Hand- und Kopfarbeit?

Zunächst: jedwede Arbeit vereint die Tätigkeiten von Hand und Kopf, mit der Trennung von Hand und Kopfarbeit ist etwas anderes gemeint. Der Arbeitende setzt in den Gegenstand seiner Arbeit einen Zweck. Die geordnete Kraftanstrengung des Arbeitenden verwirklicht dann diesen virtuell gesetzten Zweck, der nichts anderes als eine auf den bisherigen Erfahrungen mit dem Gegenstand beruhende Möglichkeit des Gegenstandes selbst ist. Diese unaufhebbare teleologische Struktur der Arbeit begründet die Einheit von Hand und Kopf, also von Zwecksetzung, Erfahrung und kontrollierter Kraftanstrengung.

Doch auch wenn diese Struktur allgemein und unaufhebbar ist, so ist doch jede einzelne Arbeit in einen Zusammenhang übergeordneter Zwecke eingegliedert, dem sie entfremdet werden kann. Diese Entfremdung des einzelnen Arbeitenden von den diesen Teilarbeiten übergeordneten Zwecken, ist die Trennung von Hand- und Kopfarbeit. Anschaulich wird dieses Verhältnis, denkt man an die Zwecke einzelner Handgriffe bei der Herstellung eines Produktes gegenüber dem Zweck des Produktes als Ganzem irgendein gesellschaftliches Bedürfnis zu befriedigen.

Die wissenschaftlich technische Intelligenz nun abstrahiert von den konkreten gegenständlichen Zwecken der einzelnen Arbeiten und ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang und ordnet deren Erfahrungswerte dem Zweck der Effizienz unter.

Dieser den einzelnen Arbeiten übergeordnete Zweck, vergegenständlicht sich in

der kapitalistischen Arbeitsorganisation, die den Arbeitenden bereits als fertige und für sie unabänderliche Bedingungen ihrer Teilarbeiten gegenübertritt, und das nicht nur in Form der Maschinerie, sondern generell.

Aber auch die wissenschaftlich technische Intelligenz, als Teil des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters unterliegt in ihrer konkreten geistigen Arbeit der Entfremdung, denn der Zweck den sie in den materiellen Arbeitsprozess setzt, ist der des Kapitals, welches wiederum sein eigener Selbstzweck ist. Das Kapital, die Selbstverwertung des Wertes und seine materielle Entsprechung die Effizienz, sind eben Ausdruck fehlender gesamtgesellschaftlicher Zwecksetzung, und als solcher zugleich notwendig die Verkehrung von Zweck und Mittel. Ist der letzte übergeordnete Zweck der Produktion nicht die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse, werden der abstrakte Reichtum, die bloße Möglichkeit des Genusses, wie sie sich im Geld manifestiert und das Mittel der Effektivierung, das Arbeiten um der Arbeitersparnis willen zum Selbstzweck. (Es ist also, um einer häufigen Denunziation marxistischer Wissenschafts- und Technikkritik zu begegnen, hier nichts gegen effizientes Arbeiten gesagt, aber die Arbeit und die Anwendung der Technik sollten einen Sinn haben, der über die Effizienz hinausgeht. Diese Einschränkung allerdings ist ein Unterschied ums Ganze, wie deutlich geworden sein sollte.)

Die Aufgaben der sozialistischen Studentinnen und Studenten

In Konsequenz aus dem bisher Gesagten

werden die Aufgaben der sozialistischen Studentinnen und Studenten deutlich.

Der Sozialismus, der die gesamte gesellschaftliche Produktion der Zwecksetzung der vereinigten Produzenten unterstellt, die selbstbewusste Produktion der Verkehrs- und Produktionsformen selbst, hat zwei Bedingungen, von denen die eine zu schaffen, unmittelbare Aufgabe der sozialistischen wissenschaftlichen Intelligenz im Allgemeinen und der sozialistischen Studierenden insbesondere ist.

Außer der Vergesellschaftung der Produktionsmittel als erste Bedingung zu deren kollektiv selbstbestimmter Verfügung, müssen die Produzenten auch zur Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Selbstverantwortung sachlich qualifiziert sein.

»Im Sozialismus sind Hochschulen eine zivilgesellschaftliche Institution, in der (die) gesellschaftliche Planung, Lenkung und Entwicklung realisiert wird und sich die Bildungsobjekte für diese Aufgabe qualifizieren« (aus dem »Selbstverständnis des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS«)

In welchem Verhältnis steht dieses Ziel zur realen Hochschulpolitik?

Die Trennung von Fern- und Nahziel führt notwendig, und das historische Scheitern, sowohl sozialdemokratischer wie auch traditionell kommunistischer Politik beweisen das, zur Korruption des Sozialismus,

seinem Verkommen zu reiner Machtpolitik. Ein Sozialismus des 21. Jahrhunderts muss deshalb den menschlichen Zweck in den Mitteln vergegenwärtigen und sichtbar machen. Das entscheidende Mittel den Sozialismus zu erreichen ist aber die sozialistische Organisation selbst, von der wiederum der sozialistische Studierendenverband ein inhaltlich bestimmter Teil ist. In ihm kann und muss die Wissenschaftskritik, die, wegen ihrer gesellschaftlichen Stellung die vornehmste Aufgabe der sozialistischen Studierenden ist, jetzt schon praktisch werden, und das heißt organisationsbildend. Der sozialistische Studierendenverband könnte die Keimform einer bundesweiten Struktur von Gegenuniversitäten, von proletarischen Bildungseinrichtungen sein, die sich strukturell vom bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb unterscheiden und denen eine bedeutende Funktion in der sozialistischen Organisation des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters überhaupt zukommen wird.

In Folge einer grundlegenden Kritik des Positivismus müssen prozessual Formen und Inhalte der gesamten wissenschaftlichen Produktion dem Zweck der intellektuellen Befähigung des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zur Erlangung und Ausübung der demokratischen Entscheidungsgewalt über den gesellschaftlichen Produktionsprozess untergeordnet werden. Verbindliche, erst zu Sachentscheidungen berechtigende Theorie- und Schulungsarbeit ist für die Verwirklichung sozialistischer Demokratie im Studierendenverband ebenso Voraussetzung, wie die Transparenz der Entscheidungsvorgänge, ihre Vermitteltheit zu der in den

obligaten Schulungen sich konkret verallgemeinernden Verbandstheorie. Diese Vermittlung mit der Organisationsstruktur und damit auch deren praktischer Ausrichtung garantierte nicht nur ein stetes Fortschreiten der Theorie in einer lernfähigen Organisation, sondern zugleich auch die Einheit in der Vielfalt von theoretischen Ansätzen und Schulen im Sinne eines pluralen Marxismus.

Nachbemerkung:

Die sozialistische Hochschulpolitik muss in eine offensive Strategie der Doppelherrschaft integriert sein, sonst versinkt sie in Opportunismus. Die Gefahr eines siegreichen Opportunismus im DIE LINKE.SDS sehen wir in der beschlossenen HoPo-Strategie aufblitzen, deren vulgärgramscianische Rechtfertigung wir in einem Rundbrief an die Ortsgruppen des SDS bereits kritisiert haben, der aber auch im Internet unter www.hjki.blogspot.de nachzulesen ist.

Auf dem nächsten Bundeskongress werden wir den Antrag stellen eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich eingehend mit der Theorie sozialistischer Wissenschaftskritik und der Praxis von kritischen, Gegen- und Volksuniversitäten des historischen SDS befasst - komplementär zur Beschäftigung mit der hochschulpolitischen Denkschrift des SDS, die das Forum Hochschulpolitik fordert. Diese Arbeitsgruppe soll daraufhin ihre vorläufigen Resultate bundesweit zur Diskussion stellen, mit dem Ziel dem Bundeskongress praktische und beschlussfähige Konsequenzen aus den, in den Diskussionen

der Basis gewonnen Einsichten für die Organisation und Politik des neuen SDS vorzulegen. Wir sehen in der Bewilligung dieses Antrages ein notwendiges Korrektiv zur rein realpolitischen Orientierung des Vorstandes und hoffen deshalb dieser kurze Artikel vermag es noch im Vorfeld des Bundeskongresses eine breite und kontroverse Debatte anzustoßen.

Michael Grewing/ SDS Bochum
für das Hans-Jürgen-Krahl-Institut

Die Linke.SDS – Kritik in 4 Akten

Partei-Kritik

Dem Ideal einer kritischen Parteinähe wird Die Linke.SDS nicht gerecht. Stattdessen ist eine wachsende Nähe zu beobachten, die dem Verband mehr schaden als nutzen wird.

Eine kritische Parteinähe ist nicht vereinbar mit dem aktiven Eingreifen in den Wahlkampf (oder nur der Diskussion darüber), sollte nicht darin bestehen, dass 9 von 10 Bundesvorstandsmitgliedern auch Parteimitglieder sind, nicht im Auslegen von Partei-Eintrittsformularen, nicht in der Verwendung des Partei-Corporate Designs und auch nicht in der Vertreibung ihrer Materialien. All das passiert aber und zwar in steigendem Maße und sorgt demnach für eine Außenwirkung, die uns vielfach als Partei-Werbeaktion an den Unis erscheinen lässt. Sollte bei der Mehrheit jemals der Anspruch bestanden haben (und das hoffe ich), mehr als eine weitere linke Parallelstruktur (wenn auch aktiver und besser strukturiert) an den Unis zu sein und über das Spektrum der Studierenden mit einem positiven Linkspartei-Bezug hinauszugreifen, dann ist das so nicht zu erreichen. Unsere Parteinähe besteht in einer abschreckenden Oberflächlichkeit, ist aber in dem Punkt, wo sie nachvollziehbar und sinnvoll wäre, kaum ausgeprägt: der Formulierung hochschulpolitischer Forderungen.

Dem häufig gehörten Argument, dass gerade die Parteinähe den Unterschied zu anderen Verbänden/Zusammenschlüssen ausmache, möchte ich widersprechen: Unser Unterscheidungsmerkmal von

Zusammenschlüssen wie der Interventionistischen Linken wäre auch ohne die Partei-Kuschelei gegeben; zumal es traurig wäre, wenn es nur darin bestünde. Nein, es sollte bestehen im Aktionsfeld, der Hochschule, in der inhaltlichen Breite (mehr als Antikapitalismus) und in der Vernetzung der Gruppen, durch die gemeinsames Agieren ermöglicht wird.

Bürokratie-Kritik

Neben diesem Hang zur Partei besteht ein weiterer Kritikpunkt in der Tendenz zur bürokratischen Struktur, die sich dazu entwickelt, sich von der Basis zu entfernen. Die Struktur des Bundesvorstandes ist unübersichtlich und intransparent. Wie und warum Entscheidungen getroffen werden ist nicht nachvollziehbar. Auf Bundeskongressen wird versucht, eine Vorstandsmeinung durchzusetzen, statt die Gedanken der Basis zur Grundlage des eigenen, weiteren Handelns machen zu wollen. Nicht selten ist der Bundesvorstand in der Vergangenheit dabei als einheitlicher Block aufgetreten, ohne ansatzweise verschiedene Verbandsmeinungen zu repräsentieren. So war es auch bei der Debatte um die Individualmitgliedschaft, eine durch und durch sinnlose Struktur, deren einziges Ergebnis im Abschrecken vormals aktiver MitstreiterInnen besteht. Niemand braucht solche an der Partei (bzw. insgesamt traditionellen Organisationen) anknüpfenden Strukturen – schon gar nicht, wenn man einen emanzipatorischen Ansatz verfolgen würde.

Die Kultur in diesem Verband wird einer fortschrittlichen Organisation nicht gerecht, stattdessen entspricht sie eher jener der Linkspartei Berlin. Selbstkritik ist ein Fremdwort, stattdessen werden grundsätzlich die eigenen Erfolge (bestimmt sind's bald 100 Mitglieder!!!), die Medienpräsenz etc. gefeiert. Es stimmt, es wurde in der kurzen Zeit des Bestehens einiges erreicht, aber zur Selbstüberhöhung ist das nicht geeignet. Zwei wirklich medienträchtige Projekte (1968-Kongress und Kapital-Lesebewegung) stehen auf der Habenseite, aber weder eine inhaltliche Wahrnehmung des Verbandes noch ein Wachstum sind zu konstatieren. Stattdessen sind alle KritikerInnen langsam aus dem Verband ausgestiegen und die Anzahl der Delegierten auf den Bundeskongressen sinkt von mal zu mal. Diese Wahrheiten offen anzusprechen scheint aber nicht in die Ideologie bzw. Strategie zu passen. Lieber wird den KritikerInnen gesagt: „Vielleicht passt Ihr dann eben nicht in den Verband.“

Linksruck-Kritik

Mitglieder von Linksruck (inzwischen Marx 21) waren maßgeblich verantwortlich für die Gründung des Verbandes. Seither dominieren sie seine politische Ausrichtung auf allen Ebenen. Die Prägung zeigt sich an den Beschäftigungsfeldern und den behandelten Themen. Schon der Namensbestandteil SDS folgte ihrem Credo, eine revolutionäre Massenbewegung aufzubauen; insofern ist die Bezugnahme auf die Studierendenbewegung von 1968 und der Kongress zu diesem Thema (das bis dato größte Projekt) folgerichtig, ebenso wie die Versuche zum Mayday zu mo-

bilisieren (Verbindung von Studierenden und Gewerkschaften aufbauen!). Aber auch die Marx-Lesebewegung folgt der Marx21-Strategie, denn die Revolution bedarf ja einer sie anführenden Avantgarde, und mit der NATO-Kampagne kann eines der Lieblingsthemen unter neuem Gewand weiter behandelt werden: Der Afghanistankrieg. Die Linksruck/M21-Kernthemen finden sich also überall in diesem Verband an prominentester Stelle, während andere Themen, die nicht zur sofortigen Revolution geeignet sind, z.B. Feminismus, Antirassismus und nicht zuletzt Hochschulpolitik, es sehr schwer haben gegen die Ignoranz der ideologischen Linksruck-Dominanz. Diese Kritik ist in erster Linie eine Feststellung, die nicht meine generelle Ablehnung der behandelten Themen zur Aussage hat.

Die generelle Kritik zielt vielmehr auf die Methode, die der erreichten Dominanz zu Grunde liegt. Da ist einerseits die politische Erfahrung und rhetorische Stärke der meisten ihrer Mitglieder, die es ihnen erlauben auch in Unterzahl politische Diskussionen zu prägen. Noch wichtiger sind aber die regelmäßigen vorherigen Absprachen bezüglich des Agierens im SDS, die sowohl bundesweit stattfinden als auch auf lokaler Ebene. So wird sich gezielt aufgeteilt und für eine Dominanz in allen für sie wichtigen Arbeitsgemeinschaften (Zeitung, Antimilitarismus und Frieden, Theorie) gesorgt. Deswegen muss es nicht verwundern, wenn die Verbandszeitung „critica“ wie ein billiger Abklatsch der Zeitschrift „Marx 21“ daherkommt: Dieselben Themen (+ 1, 2 Seiten Hochschulpolitik) und der gleiche auf Agitation ausgerichtete Stil.

Klar ist: Solidarisch wird von den M21-Mitgliedern innerhalb des SDS nicht gehandelt – das wird schon an den internen Absprachen deutlich. Es geht um die Durchsetzung der eigenen Ziele und das Erreichen einer breiteren Masse als es für M21 ohne den SDS möglich wäre. Nicht von ungefähr, werden neue Aktive im SDS sehr schnell mit dem Netzwerk konfrontiert, da sich intensiv darum bemüht wird, diese für die eigene Organisation zu gewinnen. Das ist ein Missbrauch der Arbeit all jener, deren Ziel nicht darin besteht, einer externen Organisation neue Mitglieder zuzuführen.

Ideologie-Kritik

Die M21-Dominanz hat zu einer „inhaltlichen“ Fixierung auf sofortige Revolution und Systemüberwindung durch das „Aufbauen von Bewegungen“ geführt. Nur so sympathisch mir die sofortige Revolution wäre, so wenig steht sie jetzt auf der Tagesordnung und so wenig kann man sie organisieren. Bewegungen werden nicht aufgebaut, sondern können entstehen, wenn sich die gesellschaftlichen Umstände entsprechend verändern. An den Universitäten existiert momentan kaum Potential, um wirklich etwas zu verändern, das ist die Realität. Das muss und sollte niemanden von der politischen Aktivität abhalten, aber es sollte einem bewusst sein, um nicht nach zwei Jahren politischen Engagements desillusioniert aufzugeben. Vor lauter Massenbewegungsorganisation hat es der Verband bis hierhin völlig verpasst, sich eingehender mit bildungs- und hochschulpolitischen Themen zu befassen. Denn hierfür ist in der herrschenden Ideologie kein Platz

und bleibt daher auch keine Zeit – trotz der ungeheueren Aktivität, die von den Linksruck-Mitgliedern verlangt wird und die sie von sich selbst verlangen. Innerhalb ihrer Organisation führte und führt dies zu einer hohen Fluktuation der Mitglieder, die nach einer bestimmten Zeit am Ende ihrer Energien sind. Bei Übernahme dieser Praxis wird sie im SDS zum gleichen Ergebnis führen. Und nicht nur das: Alle, die nicht so viel Zeit aufbringen können, werden zu bloßen StatistInnen degradiert, ihnen bleibt lediglich die Möglichkeit des Reagierens, nicht aber des Agierens. Wer sich den Terminplan in den ersten Monaten dieses Jahres angesehen hat, wird vergeblich nach freien Wochenenden gesucht haben; von den Aktivitäten an den Wochentagen ganz zu schweigen. Ob Seminare zu Hochschulpolitik und Organizing, Bündnistreffen zu Bildungsstreik und Krisendemo, Treffen der Arbeitsgemeinschaften oder Marx-Zwischenkonferenz – es wird sich so viel aufgehalst und immer wieder von denselben Leuten übernommen. Bei all diesen Aktivitäten verlieren sich eine Handvoll SDSler ohne dass darüber reflektiert wird, ob nicht etwas falsch läuft. Den Gruppen werden all diese Aktivitäten auferlegt, meistens mehr in Form von Mobilisierungen, als inhaltlicher Beschäftigung. So bleibt wenig Zeit und Raum für eine Konzentration auf die eigene Universität. Nicht von ungefähr haben fast alle Gruppen bei den diesjährigen StuPa-Wahlen verloren; die Studierenden merken, ob sich eine Hochschulgruppe ihrer Probleme annimmt oder nur die Revolution vorantreiben will.

Die Chancen, dass sich an der beschriebenen Situation im Verband etwas ändert, scheinen gering, noch nicht mal Kritik ist vernehmbar. Auf Bundeskongressen ertönen immer die gleichen, weniger werden die kritischen Stimmen, der Gruppen-Verteiler ist ein Vorstands-Mitteilungsforum, auf dem sich gegen nichts Protest rührt. Möglichkeiten gäbe es zuhauf: Zum Beispiel hat die Bundesvorstandsmehrheit eine inhaltlich leere „Kampagne“ unter dem sehr originellen Titel „Make Capitalism History“ beschlossen. Diese wird verkauft als eine allein schon durch den Titel politische und inhaltliche Klammer für die vielen Verbandsaktivitäten (Bildungsstreik, NATO und Kapital lesen), ist tatsächlich aber eine Mitglieder-Werbeaktion, die von den Gruppen verlangt wird, Plakate zu kleben und Flyer zu verteilen. Politisch ist daran leider gar nichts mehr, dafür aber geht ein Viertel des Geldes aus dem diesjährigen Kampagnentopf flöten.

Man darf gespannt sein, ob sich die breit gemachte Lethargie, die die Mehrheit dieses ach so aktivistischen Verbandes erfasst zu haben scheint, noch einmal umkehren wird oder ob weiterhin ein paar wenigen „Organisierten“ das Feld überlassen wird. Es bleibt zu hoffen, dass nicht weiter Strukturen antiquierter Organisationen übernommen werden, sondern inhaltliche Auseinandersetzungen und Positionierungen gegenüber blinder Revolutionsrhetorik und Mobilisierungswut an Bedeutung gewinnen.

Erik Peter

Impressum:

linkskontrovers
Diskussionsorgan von DIE LINKE.
SDS
Herausgeber:
DIE LINKE.SDS Bundesvorstand
Redaktion: Nele Haas (V.i.S.d.P.)
Franziska Stier

